SÄCHSISCHE
STAATSKANZLEI

Freistaat
SACHSEN

**Der Staatsminister
Chef der Staatskanzlei**

SÄCHSISCHE STAATSKANZLEI
01095 Dresden

Präsident des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon +49 351 564-1020
Telefax +49 351 564-1025

poststelle@
sk.sachsen.de

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Friedel, SPD-Fraktion
Drs.-Nr.: 5/865
Thema: Verständnis der Sächsischen Staatsregierung vom öffentlichen Dienst im Freistaat Sachsen**

Dresden, 08. Februar 2010

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:
Der Ministerpräsident schreibt: „Wir haben die Wahlen auch deshalb gewonnen, weil Sie in der Verwaltung unsere politischen Ideen umsetzen...". Wer ist mit der Formulierung „Wir" gemeint?

Das Zitat entstammt dem Weihnachtsbrief des Ministerpräsidenten an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Es handelt sich um eine der ganz wenigen Gelegenheiten im Jahr, bei denen sich der Ministerpräsident bei allen Beschäftigen für ihren Einsatz und ihre Leistungen bedanken kann.

Auf der Grundlage der Verwendung des Wortes „Wir" eine parteipolitische Vereinnahmung zu begründen, wie es in dem der Anfrage vorangestellten Text behauptet wird, würde das mit Verfassungsstatus versehene Amt des Ministerpräsidenten bei jeder Form amtlicher Betätigung unter einen parteipolitischen Mentalvorbehalt stellen. Das Wort „Wir" beabsichtigt in diesem Zusammenhang lediglich ein motivierendes Gruppengefühl zu begründen.

Daraus eine parteipolitische Vereinnahmung abzuleiten, diskreditiert die verfassungsgemäße, parteipolitisch neutrale und von hoher Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft geprägte Arbeit in der sächsischen Landesverwaltung.

20 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION
UND DEUTSCHE EINHEIT

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.sachsen.de

Frage 2:
Welche Anhaltspunkte liegen der Staatsregierung darüber vor, dass Beschäftigte des Freistaates Sachsen ungeachtet ihrer Verfassungspflicht zur parteipolitischen Neutralität zum Wahlerfolg einer bestimmten Partei beigetragen haben?

Keine.

Frage 3:
Wie beabsichtigt die Staatsregierung, den durch das Schreiben des Ministerpräsidenten entstandenen Eindruck der parteipolitischen Vereinnahmung aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen auszuräumen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 4:
Der Ministerpräsident bittet die Beschäftigten in seinem Schreiben darum, den Prozess der Verwaltungsmodernisierung offen und fair mitzugestalten. Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass Beschäftigte den Prozess nicht offen und fair mitgestalten wollen?

Nein. Mit dem Hinweis auf die Verwaltungsmodernisierung war beabsichtigt, einen wichtigen Schwerpunkt der Verwaltungsarbeit der nächsten Jahre anzusprechen. Die Bitte um offene und faire Mitgestaltung ist ein Appell, aus dem nicht im Umkehrschluss vermutet werden kann, dass Beschäftige den Prozess nicht offen und fair mitgestalten. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der sächsischen Landesverwaltung handelt es sich nach Wahrnehmung der Staatsregierung um sehr leistungsfähige, innovativ denkende und aufgeschlossene Beschäftigte, ohne die die großen Anpassungsanstrengungen der letzten zwei Jahrzehnte nicht gelungen wären.

Frage 5:
Besteht zwischen dem im Schreiben des Ministerpräsidenten angekündigten „Prozess einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung" und dem in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 11.11.2009 angekündigten Abbau von 18.000 Stellen im öffentlichen Dienst bis zum Jahr 2020 ein Zusammenhang; wenn ja, welcher?

Einen unmittelbaren Zusammenhang gibt es nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Johannes Beermann